

Ein Kommentar zur Abschaffung der Mindestsicherung und anderen erschreckenden gesellschaftspolitischen Entwicklungen. Gerecht ist was Elend schafft?

**Hat man viel, so wird man bald
noch viel mehr dazu bekommen.
Wer nur wenig hat, dem wird
auch das Wenige genommen.
Wenn du aber gar nichts hast,
Ach, so lasse dich begraben –
denn ein Recht zum Leben, Lump,
haben nur, die etwas haben.**
(Heinrich Heine, 1851).

Besser kann man die gesellschaftspolitische Ausrichtung der aktuellen Bundesregierung nicht zusammenfassen.

Sibylle Hamann geht in ihrem lesenswerten Artikel im Falter 23/18 „Geben und Nehmen“ auf wesentliche Fragen zur Mindestsicherung ein: *„Die Regierung reformiert die Mindestsicherung. Warum? Für wen? Wen will sie damit treffen- und wen trifft sie wirklich?“... „Ist die Kürzung der Mindestsicherung Teil eines perfiden Plans, um in Österreich gezielt Obdachlosigkeit, Elend und Kriminalität zu erzeugen? Will die Regierung die Spannungen in der Gesellschaft so weit verschärfen, dass sie anschließend mit Polizei und repressiven Maßnahmen hart durchgreifen kann?“*

So ist es. Die politischen Akteure wissen was sie tun. Sie wissen auch um die Folgen für jene Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen über kein ausreichendes Einkommen verfügen und auf Mindestsicherung angewiesen sind. Verelendung von Menschen wird nicht nur in Kauf genommen, sie ist beabsichtigt! Für moralische Appelle oder Aufklärung (Benennen der Auswirkungen für Menschen in Notlagen) sind die politischen Akteure damit nicht zugänglich. Dafür bräuchte es ein humanistisches Menschenbild und eine Haltung, die, ausgehend von der Vorstellung eines besseren Lebens für alle, politische Maßnahmen umsetzt. Wer den „Wirtschaftsstandort“ in die Verfassung mitaufnehmen will, hat damit alles gesagt: Wenn die Rendite, die Profitmaximierung, die wesentlichen politischen Ziele sind, die über allem stehen sollen, dann geht es weniger um menschliche Bedürfnisse nach mehr sozialer Sicherheit, um Arbeitsrechte die vor Ausbeutung schützen, um Rechtsberatung in Zusammenhang mit Anstellungsverhältnissen, um MieterInnenchutz und leistbares Wohnen, um existenzsichernde Einkommen, um Konsumentenschutz, um Umweltschutzmaßnahmen etc. So ist es kein Zufall, dass in allen oben genannten Bereichen Verschlechterungen des Status Quo angedacht sind bzw. bereits beschlossen wurden.

Kürzungen bei der Mindestsicherung, Abschaffung der Notstandshilfe, Streichen der Fördermittel für AMS-Maßnahmen und Beratungseinrichtungen (z.B. Familienberatungsstellen), Einschränkung der Rechte von MieterInnen und Ausrichtung auf renditeerhöhende Maßnahmen im Bereich Wohnen (siehe geplante Reform Mietrechtsgesetz), Aushöhlung von Arbeitsrechten (inkl. Desavouierung der Arbeiterkammer), Abbau von sozialen BürgerInnenrechten, mehr Druck auf ArbeitnehmerInnen etc. – diese Programmatik hat nichts mit ökonomischen/budgetären Notwendigkeiten zu tun. Dahinter steht interessensgeleitete Politik, von der einige profitieren werden. Die Lebensbedingungen der Mehrheit der Bevölkerung werden sich dadurch nicht verbessern. Allerdings verdienen die politischen Akteure 10 von 10 Punkten, wenn es darum geht, oben genannte Maßnahmen so zu vermarkten, dass selbst jene ihre Zustimmung erteilen, die besonders betroffen sind.

Sündenbockpolitik reloaded

Wer zu wenig zum Leben hat, der ist selber schuld und hat kein Recht auf solidarische Unterstützung – das ist die zentrale Botschaft/Haltung, die (wieder) zum Mainstream werden soll. Asylsuchende, Menschen im Mindestsicherungsbezug, Arbeitsuchende werden an den Pranger gestellt und pauschal als Leistungsverweigerer denunziert. Mit der altbewährten Sündenbockstrategie werden

gesellschaftliche Probleme personalisiert. Die Verantwortung für soziale Sicherheit wird privatisiert und die soziale Frage entpolitisiert. Soziale Sicherheit wird von einem gesellschaftspolitischen Thema in ein Problem der „Armen“ umdefiniert. Nicht die Verhältnisse, die Existenzunsicherheit befördern, sollen beseitigt werden sondern die davon betroffenen Menschen. Wer „keine Leistung erbringt oder noch nie ins System eingezahlt hat“, der wird auf die Zielscheibe positioniert, der wird zum Ausschluss freigegeben.

Spaltungspolitik - in Zeiten, in denen ein zunehmender Anteil der Bevölkerung von Existenzunsicherheit betroffen oder bedroht ist und in denen sich immer mehr Menschen das Wohnen nicht mehr leisten können, eine geschickte weil funktionale Strategie:

Die Wut jener Menschen, die Existenzängste haben wird gegen jene gelenkt, denen es noch schlechter geht. Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte. Während die Einträge in den sozialen Medien immer noch gehässiger werden und Menschen auch nicht mehr vor Morddrohungen zurückschrecken, können sich die zuständigen politischen Akteure fröhlich in die Hände klatschen. Sie werden nicht mehr als Zuständige/Verantwortliche wahrgenommen, die es eigentlich in der Hand hätten, Rahmenbedingungen zu beschließen, die der Mehrheit der Bevölkerung das Leben erleichtern würden.

Je lauter über Flüchtlinge gehetzt wird, desto still und heimlicher wird im Eiltempo der Abbau von sozialen BürgerInnenrechten beschlossen. Betroffen davon sind viele. Die „Flüchtlingsdebatte“ ist ein Schutzschild für die Politik: Der vielzitierte „kleine Mann“ soll nicht gegen die Regierung rebellieren, sondern gegen die sogenannten „Asylanten“.

Wir sitzen alle im selben Boot.

Gegen die politisch produzierten Spaltungen („Einheimische“ gegen Geflüchtete, Erwerbstätige gegen Arbeitsuchende und BezieherInnen von Mindestsicherung, etc.), gilt es wirksame Strategien zu entwickeln. Die nicht enden wollende Thematisierung der Mindestsicherung (0,8 % der Sozialausgaben Österreichs) ist ein strukturiertes und organisiertes politisches Ablenkungsmanöver von den wirklich zentralen gesellschaftspolitischen Problemen und Herausforderungen.

Volkshilfe, Diakonie, Caritas, Armutskonferenz, Kinder- und Jugendanwaltschaften Österreich, BAWO, SPAK und regionale Vernetzungen der Bundesländer, Arbeiterkammer, ÖGB, zahlreiche ExpertInnen und Interessensvertretungen beziehen bereits kritisch Stellung und es werden immer mehr. Das ist das Positive an der aktuellen Situation.

Es gilt, mehr denn je die gemeinsamen Interessen und Bedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung zu betonen und solidarisch einzufordern: Existenzsicherheit (auch in Zeiten der Arbeitslosigkeit und für Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen keinen Zugang zum Erwerbsarbeitsmarkt haben), leistbarer und langfristig gesicherter Wohnraum. Hier braucht es dringend politische Maßnahmen (Interventionen, Investitionen, Regulierungen) zur Verbesserung des Status Quo.

Wenn man Menschen in finanziellen Notlagen die Mindestsicherung kürzt, wird Wohnen nicht bezahlbarer, die Arbeitsbedingungen, Ausbildungsperspektiven oder die ärztliche Versorgung nicht besser. Niemand wird deswegen mehr verdienen oder im Alter besser abgesichert sein.

Wenn die Kürzung der Mindestsicherung die Lösung ist, was war dann noch mal das Problem?

Sabine Trummer (DOWAS Innsbruck, BAWO Vorstand für Tirol)